Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe #5 | Neues für die Soziale Schuldenberatung | 29. Juli 2025

Geschäftsstelle und Vereinsgremien

Referentenentwurf zum Schuldnerberatungsdienstegesetz bleibt deutlich hinter den Erwartungen

Stellungnahmen von BAG-SB und AG SBV

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat einen Referentenentwurf zum Schuldnerberatungsdienstegesetz (SchuBerDG) veröffentlicht. Das Gesetz soll den Zugang für Schuldnerinnen und Schuldner zu beratenden Stellen sicherstellen und Vorgaben der EU-Verbraucherkreditrichtlinie zu Schuldnerberatungsdiensten umsetzen. Aus Sicht der BAG-SB bleibt der Entwurf deutlich hinter den Anforderungen zurück, die sich sowohl aus der EU-Verbraucherkreditrichtlinie (CCD II) als auch aus den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag ergeben. Zentraler Kritikpunkt ist die fehlende Verbindlichkeit und Überprüfbarkeit: Zwar wird die Sicherstellung von Beratung gefordert, doch es fehlt an klaren, verbindlichen Vorgaben an die Länder zur praktischen Umsetzung. Dem Referentenentwurf fehlen verbindliche Regelungen zur pauschalen Finanzierung, zur Qualitätssicherung, zur Definition der Zielgruppen sowie eine gesetzlich garantierte Entgeltfreiheit.

Die Stellungnahme ist das Ergebnis eines intensiven Austauschs und vielschichtiger Diskussionen innerhalb unseres Vereins. Sie wurde gemeinschaftlich von den Fachreferentinnen und Fachreferenten der Geschäftsstelle, unserem ehrenamtlichen Vorstand und Beirat sowie mehr als einhundert Mitgliedern erarbeitet, die sich in zahlreichen E-Mails und im Rahmen eines digitalen Fachdialogs Anfang Juli engagiert eingebracht haben. Die breite Beteiligung aus der Praxis stellt für uns einen besonderen Wert dar – sie trägt maßgeblich zur Qualität und Relevanz unserer Positionierung bei. Die BAG-SB bedankt sich herzlich für diese wertvolle Unterstützung.

☞ Zu den Stellungnahmen von BAG-SB und AGSBV

W1523

Kooperation oder Konflikt?

Das Verhältnis von Steuerberatung, Schuldenberatung und Finanzamt und der Spagat im Insolvenzverfahren

Input: Sylvia Wipperfürth · **Moderation:** Maja Calustian

20. November 2025 | 9.00-13.15 Uhr

Anmeldeschluss ist der 6. November 2025

BAG SB Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V.

Zu Gesetzentwürfen, Beitragsregelungen und Schuldenregulierungsfonds

Vorstandsklausur in Mainz

Foto: BAG-SB e.V.

Einmal jährlich trifft sich der BAG-SB Vorstand in Präsenz, um die Ziele seiner Amtszeit für die Geschäftsstelle zu konkretisieren. In diesem Jahr fand das Treffen Ende Juni in Mainz statt, wenige Tage vor der Veröffentlichung des Referentenwurfs zum SchuBerDG. Entsprechend war ein zentrales Thema des ersten Tages auch die Positionsbestimmung der BAG-SB, welche als Grundlage für die spätere Stellungnahme diente.

Als weitere Ziele für die Amtszeit hatte der Vorstand bei seiner Wahl den Aufbau eines Schuldenregulierungsfonds, die Fachkräfteausbildung und -gewinnung in unserem Arbeitsfeld, die Umsetzung des Mitgliedsbeschlusses zur Beratung von Klein(st)selbstständigen und eine stärkere Anbindung an die Soziale Arbeit definiert. All dies war Thema der Klausur. Auch das laufende Vereinsgeschäft, die Zusammenarbeit mit dem fördernden Ministerium, die Aufgabe der Geschäftsstelle in Berlin und Personalfragen wurden unter Moderation von Dr. Christoph Mattes bei der Klausur besprochen.

Wie schon in den Vorjahren zeichnete sich das Treffen der Vorstandsmitglieder dabei durch eine sehr konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit aus mit klaren Beschlüssen für die weitere Arbeit der Geschäftsstelle.

W1506

Verbände und Netzwerkpartner

Rückblick: Aktionswoche Schuldnerberatung

Finanzbildung im Fokus

Unter dem Motto „Beste Investition – Finanzbildung. Wenn aus Minus Plus wird“ fand Anfang Juni 2025 die bundesweite Aktionswoche Schuldnerberatung der AG SBV statt. Mit vielfältigen Aktionen, Aufrufen und Medienberichten lenkten Beratungsstellen und Träger die Aufmerksamkeit auf das wachsende Überschuldungsrisiko junger Menschen und die mangelnde Finanzbildung. Im Rahmen der Aktionswoche veranstaltete die LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen einen Fachtag mit dem Titel „Von der Krise zur Chance – Welche Weichenstellung die Soziale Schuldnerberatung in Thüringen jetzt braucht”. Ziel der Veranstaltung war es unter anderem, die verschiedenen Akteur_innen aus Praxis, Verbänden, Verwaltung und Politik zusammenbringen, um die Weichen für eine zukunftsfähige und bedarfsgerechte Schulden- und Verbraucherinsolvenzberatung zu stellen.

Diverse Fernsehsender griffen das Thema der Aktionswoche auf und ließen BAG-SB Mitglieder zu Wort kommen: Ein WDR-Bericht über die Diakonie Wuppertal machte deutlich, dass Jugendliche oft unvorbereitet in teure Online-Abomodelle, Ratenkäufe oder Buy-Now-Pay-Later-Dienste geraten. Schuldenberaterin Anke Lichte fordert dringend mehr schulische Angebote zur finanziellen Bildung. Auch eine betroffene Ratsuchende unterstrich die Bedeutung frühzeitiger Aufklärung. Auf dem Sender RTL berichtete Thomas Bode von der Schuldnerberatungsstelle der AWO Göttingen im Nachrichtenmagazin Punkt 12 über die Situation der Ratsuchenden. Der Bericht war bis vor Kurzem auch als Video auf rtl.de abrufbar. ZDFheute griff ähnliche Aspekte auf: Laut SchuldnerAtlas der Creditreform steigt die Zahl junger überschuldeter Menschen erneut. Gründe sind unter anderem Kreditfallen, Krypto-Investments, falsche Online-Versprechungen und ein Mangel an Alltagswissen über Geld.

- Beitrag der LIGA Thüringen vom 4. Juni 2025 unter www.liga-thueringen.de
- Fernsehbeitrag WDR vom 2. Juni 2025 unter www.wdr.de
- Artikel bei ZDFheute vom 2. Juni 2025 unter www.zdfheute.de
- Website der AG SBV zur Aktionswoche Schuldnerberatung

Mitgliederversammlung der LAG SB Hamburg e. V.

Neuer Vorstand startet in spannende Amtszeit

Am 15. Juli 2025 fand die Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hamburg e. V. statt. Ein Punkt der Tagesordnung war die Wahl des Vorstands. Mit Matthias Butenob, Rita Jeske, Henrik Schmidt, Arnd Oberfell und Mark Schmidt-Medvedev sind einige in der BAG-SB aktive Personen ins Amt gewählt worden. Auf das neue Team wartet eine besonders spannende Amtszeit: Nicht nur wechselt derzeit die Zuständigkeit in der Landesbehörde, auch der bundesweite Gesetzgebungsprozess zum SchuBerDG wird voraussichtlich spürbare Auswirkungen auf die Beratungslandschaft in den Ländern haben. Und: Die Planungen für die BAG-SB Jahresfachtagung sowie das 20-jährige Jubiläum der LAG im Jahr 2027 gehen bereits an den Start. Wir gratulieren herzlich zur Wahl und wünschen dem neuen Vorstand viel Erfolg, Mut und Rückenwind für die bevorstehenden Aufgaben!

Finanzielle Allgemeinbildung Jugendlicher und junger Erwachsener

BAG-SB beteiligt sich an Fachgespräch

Am 4. Juni 2025 fand in den Räumlichkeiten des Vereins „Bremische Straffälligenbetreuung“ (VBS) das Fachgespräch „Finanzielle Allgemeinbildung Jugendlicher und junger Erwachsener in Bremen“ unter Beteiligung von Politik, Bildung, Verbraucherzentrale und Schuldenberatungen statt. Der Austausch wurde mit einer Präsentation von BAG-SB Geschäftsführerin Ines Moers über den Stand einer nationalen Finanzbildungsstrategie in Deutschland eröffnet. Hieran schloss sich eine interessante Diskussion an, inwieweit die Stärkung der Finanzkompetenz bereits im Lehrplan der Bremer Schulen verankert ist und ob Verbraucherzentrale und Schuldenberatung als kompetente Wissensvermittlerinnen einbezogen werden können bzw. sollen. Es entstand die Idee, Schuldenberatung als Multiplikatorin in die berufliche Qualifizierungsreihe Wirtschaft, Arbeit, Technik (WAT) am Landesinstitut für Schule zu integrieren. Hierzu haben inzwischen die ersten Gespräche zwischen den Akteurinnen stattgefunden, um Anfang 2026 die Themen der Schuldenberatung in die Qualifizierungsreihe einzubinden.

Darüber hinaus wurde das Projekt „Finanzielle Allgemeinbildung im Jugendvollzug“ von VBS-Mitarbeiterin Sandra Wischhusen vorgestellt. Es wurde deutlich, dass die Jugendlichen im Vollzug einen hohen Wissensbedarf rund um das Thema „Geld“ aufweisen und häufig bereits ver- bzw. überschuldet sind.

Der **Deutsche Familienverband** sucht neue Kollegen für die Schuldner- und Insolvenzberatung (m/w/d).

Direkt zur Stellenanzeige im BAG-SB Online-Stellenmarkt

Machen Sie mit

Präventionsnetzwerk sucht Projekte für FinKom2025

Mitmachen bei Info-Börse Prävention

Die Info-Börse des Präventionsnetzwerks Finanzkompetenz e.V. (PNFK) rund um finanzielle Bildung und Prävention findet am 20. November 2025 im Saalbau Gallus in Frankfurt statt. Ziel der Veranstaltung ist der internationale Austausch zu aktuellen Strategien und Projekten.

Für die Veranstaltung werden noch Projekte gesucht, die Finanzkompetenz fördern, einen nachhaltigen Umgang mit Geld unterstützen oder Schuldenprävention voranbringen – zum Beispiel innovative Lehrkonzepte, erfolgreiche Präventionsprojekte oder praxisnahe Workshops. Die Börse bietet dabei sowohl etablierten als auch neuen Projekten die Chance, ihre Konzepte im Plenum oder an einem Infostand vorzustellen.

Sie können Ihre Projekte bis zum 15. September 2025 per E-Mail an Dana Bogner unter db@pnfk.de einreichen. Weitere Informationen vom Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz finden Sie unter www.pnfk.de

Politik und Gesetzgebung

Referentenentwurf zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge

Das Bundesministerium der Justiz hat einen Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2023/2225 vorgelegt. Vorgesehen ist u. a. eine Kündigungsfrist von „mehr als einem Monat" für Dispositionskredite. Auch wenn Artikel 36 in einem eigenen Schuldnerberatungsdienstegesetz geregelt wurde, gibt es auch hier relevante Regelungen für die Beratungspraxis. Interessant dürfte zum Beispiel sein, dass der Entwurf Kreditinstitute verpflichtet, vor einer Zwangsvollstreckung eine Rückzahlung in zwölf Monatsraten zu den vereinbarten Konditionen anzubieten. Die bei Verbraucherdarlehensverträgen geltenden Vorschriften sollen zudem zukünftig auch für Kredite unter 200 Euro gelten. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Prüfung eines Kostendeckels für Basiskonten wurde bislang nicht aufgenommen. Auch die Nichtanpassung der Verrechnungsreihenfolge in § 497 BGB wird von der BAG-SB kritisiert. Diese und andere Positionen haben in die gemeinsame Stellungnahme der AG SBV Einzug erhalten.

☞ Zur Stellungnahme mit der AG SBV vom 18. Juli 2025 unter www.agsbv.de
☞ Referentenentwurf vom 23. Juni 2025 unter www.bmjv.de
☞ Zusammenfassung der Frankfurter Rundschau vom 23. Juni 2025 unter www.fr.de

Laufzeit des Verbraucherinsolvenzverfahrens nach dem 30. Juni 2025

Klarstellung aufgrund häufiger Nachfragen

In einem ersten Gesetzesentwurf der Bundesregierung im Jahr 2020 sollte die Verfahrensverkürzung auf drei Jahre für Verbraucherinnen und Verbraucher zunächst bis zum 30. Juni 2025 befristet werden, um etwaige Auswirkungen auf das Antrags-, Zahlungs- und Wirtschaftsverhalten von Verbraucherinnen und Verbraucher beurteilen zu können. Dieser Stichtag blieb vielen in Erinnerung und führte zu Nachfragen, welche Laufzeit in Zukunft gelte. Diese Bestimmung wurde jedoch nicht in das endgültige Gesetz übernommen und trat daher nie in Kraft. Daher gibt es keine Laufzeitänderung zum Stichtag 30. Juni 2025. Alles bleibt beim Alten.

☞ Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens unter www.bgbl.de

W1518

Finanzielle Folgen der Krankenkassenwahl

Beitragsrückstände in der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung

BAG SB Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e. V.

Input: Sven Ulbrich · **Moderation:** BAG-SB e. V.

17./18. November 2025 | 10.00-13.45 Uhr

Anmeldeschluss ist der 3. November 2025

Basiskonto oft unerreichbar

Verbraucherzentrale benennt Praxisprobleme

Obwohl das Basiskonto seit 2016 EU-weit gesetzlich verankert ist, scheitern überschuldete Personen und vulnerable Gruppen in Deutschland regelmäßig an der Einrichtung eines Basiskontos. Wie eine Befragung des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) und der AG SBV zeigt, gibt es immer wieder Fälle, in denen Banken die Eröffnung eines Basiskontos verweigern, unter anderem mit der Begründung eines fehlenden festen Wohnsitzes. In einer Pressemitteilung fordert der vzbv daher gesetzliche Vorgaben: verpflichtende aktive Angebote und eine Obergrenze für Gebühren, da Basiskonten in Deutschland derzeit zu den teuersten Europas gehören.

☞ Pressemitteilung des vzbv vom 20. Juni 2025 unter vzbv.de

Verlängerung der Mietpreisbremse

Bundestag beschließt Fortführung bis 2029

Der Bundestag hat die Mietpreisbremse bis Ende 2029 verlängert. Die Regelung soll in angespannten Wohnungsmärkten den Anstieg der Mieten bei Neuvermietungen begrenzen und sollte ursprünglich Ende 2025 auslaufen. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD setzten den Gesetzentwurf mit Unterstützung der Grünen durch. Die AfD stimmte dagegen, DIE LINKE enthielt sich. Die SPD spricht von einem ersten Schritt und verweist auf weitere geplante Reformen, etwa bei Indexmieten, möblierten Wohnungen oder der Kurzzeitvermietung. Die CDU/CSU stützt die Verlängerung mit Blick auf soziale Balance, lehnt aber jede Ausweitung ab und warnt vor Investitionsrisiken. Die Grünen kritisieren, dass eine echte Mietenregulierung unterbleibt, während DIE LINKE der Regelung die Wirksamkeit abspricht und stattdessen einen Mietenstopp fordert.

Die BAG-SB hatte sich Ende 2024 für eine Verlängerung ausgesprochen und die Positionen des Deutschen Mieterbunds mit Hinweis auf die besondere Betroffenheit Überschuldeter verwiesen.

☞ Mitteilung der Bundesregierung vom 11. Juli 2025 unter www.bundesregierung.de
☞ Beitrag der Zeit vom 26. Juni 2025 unter www.zeit.de

W1507

Entscheidungsmatrix in der Schuldenberatung

BAG SB Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e. V.

25. November 2025 | 9.00-13.00 Uhr

Input: Anja Stache · **Moderation:** BAG-SB e. V.

Anmeldeschluss ist der 11. November 2025

Schuldenberatung kostenfrei zugänglich machen

Forderung der SPD-Fraktion

Nadine Heselhaus, die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion reagierte auf die Aktionswoche Schuldnerberatung mit einer Pressemitteilung. Dort sagt sie unter anderem: „Es kann nicht sein, dass Menschen in finanzieller Not durch Gebühren davon abgehalten werden, Hilfe zu suchen. Deshalb ist es gut, dass wir uns im Koalitionsvertrag mit CDU und CSU auf eine Stärkung kostenloser Schuldenberatung verständigt haben, die niemanden ausschließt."

Diese Aussagen lassen hoffen, dass im Schuldnerberatungsdienstegesetz (SchuBerDG) die noch im Referentenentwurf enthaltenen Möglichkeiten zur Entgelterhebung herausgenommen werden.

☞ Pressemitteilung der SPD-Fraktion vom 4. Juni 2025 unter www.spdfraktion.de

Gerichte und Entscheidungen

Keine fristlose Kündigung bei Bürgschaftsverzug

BGH konkretisiert Kautionsregelung

Der Bundesgerichtshof hat am 14. Mai 2025 entschieden: Ist ein Mieter mit der Leistung einer als Mietsicherheit vereinbarten Bankbürgschaft im Verzug, kann der Vermieter das Mietverhältnis nicht fristlos kündigen. Gemäß § 569 Abs. 2 a BGB ist eine fristlose Kündigung nur dann zulässig, wenn eine Mietkaution nach § 551 BGB in Höhe von zwei Monatsmieten nicht erbracht wurde. Der BGH stellte nun klar: Diese Regelung gilt ausschließlich für Barkautionen – insbesondere für solche, die in Raten gezahlt werden können. Andere Formen der Mietsicherheit wie Bankbürgschaften fallen nicht unter die Vorschrift. Die Entscheidung stärkt die Position von Mieterinnen und Mietern und schränkt Kündigungsmöglichkeiten der Vermieter_innen ein.

☞ Urteil vom Bundesgerichtshof vom 14. Mai 2025 – VIII ZR 256/23

Der **Schuldenhilfe Sofort e.V.** sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen **Schuldnerberater** (m/w/d).

☞ Direkt zur Stellenanzeige im BAG-SB Online-Stellenmarkt

Kein Druckmittel SCHUFA: Voxenergie verliert vor Gericht

Verbraucherzentrale Hamburg setzt sich durch

Die Verbraucherzentrale Hamburg hat vor dem Landgericht erfolgreich gegen Voxenergie geklagt. Das Unternehmen hatte offene Forderungen mit der Androhung einer SCHUFA-Meldung eingefordert. Diese Praxis erklärte das Gericht nun für unzulässig. Schreiben mit dem Wortlaut „Den nicht bezahlten Betrag übergeben wir an die SCHUFA." dürfen künftig nicht mehr versendet werden – sonst droht ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro oder bis zu sechs Monate Ordnungshaft.

☞ Versäumnisurteil vom Landgericht Berlin II vom 26. März 2025 – 52 O 53/25

Schuldenberatung in den Medien

Neue Rubrik für den Newsletter

Öffentlichkeitsarbeit bekommt mehr Raum

Wirksame Öffentlichkeitsarbeit ist ein zentrales Anliegen der BAG-SB und ihrer Mitglieder. In dieser neuen Rubrik wollen wir Ihr Engagement würdigen und Beiträge veröffentlichen, die auch für andere Beratungskräfte interessant sind – weil sie besondere Aspekte des Beratungsalltags näher beleuchten, politisch Aufmerksamkeit erzeugen oder eine besondere Reichweite haben.

Instgram: Buy Now, Pay Later in der Kritik

BAG-SB im Interview mit der Deutschen Welle

Verschuldet wegen eines Burritos? In einem englischsprachigen Instagram-Video der Deutschen Welle wird die wachsende Verbreitung von „Buy Now, Pay Later"-Diensten kritisch beleuchtet. Die Zahlungsoption, die alltägliche Ausgaben wie Essen oder Kleidung bequem erscheinen lässt, birgt erhebliche Risiken. Auch Ines Moers, Geschäftsführerin der BAG-SB, kommt im Video zu Wort und warnt vor Überschuldung durch vermeintlich harmlose Teilzahlungsangebote. Besonders junge Menschen würden durch die einfache Nutzung dazu verleitet, ihre Ausgaben zu unterschätzen – mit langfristigen finanziellen Folgen. Der Beitrag unterstreicht den dringenden Bedarf an Prävention und Aufklärung zu digitalen Kreditangeboten.

☞ Video der Deutschen Welle vom 9. Juli 2025 auf Instagram

Interview bei SWR1: So kommt ihr raus aus den Schulden

Praktische Einblicke in die Schuldenberatung

David Kamer, Schuldnerberater von der Zentralen Schuldnerberatung Stuttgart war Gast bei SWR1 Leute. Im Gespräch nennt er häufige Überschuldungsauslöser, gibt konkrete Hinweise zur Vermeidung von Schuldenfallen und zeigt, wie Schuldenberatung Hilfestellung bietet. Mit einer Laufzeit von etwa 37 Minuten bietet die Sendung nicht nur konkrete Hilfestellung für Betroffene, sondern auch ein gelungenes Beispiel für fachlich fundierte Medienarbeit.

☞ Radiobeitrag vom 23. Juni 2025 und weitere Informationen unter www.swr.de

W1508

Existenzsicherung
im Spannungsfeld von Kindeswohl und Unterhaltspflicht – ein Überblick

Input: Prof. Dr. Gabriele Janlewing · **Moderation:** Maja Calustian

8. Dezember 2025 | 9.00-14.15 Uhr

Anmeldeschluss ist der 24. November 2025

Podcast „Das große Geschäft mit der Wohnungslosigkeit“

Wuchermieten in der Obdachlosenhilfe

Schuldnerberater und BAG-SB Mitglied Dominik Dirnberger vom H-TEAM e.V. hat gemeinsam mit der Stadtratsfraktion DIE LINKE München einen Podcast veröffentlicht, in dem die Problematik überhöhter Unterkunftskosten in der kommunalen Obdachlosenhilfe thematisiert wird. Bis zu 96 Euro pro Quadratmeter werden von Privatanbietern für die Unterbringung von Wohnungslosen bei der Stadt München in Rechnung gestellt.

☞ Podcast vom 12. Juni 2025 unter podcast.de
☞ Podcast vom 12. Juni 2025 unter spotify.de

Arbeitshilfen

Neue P-Kontobescheinigung

AG SBV aktualisiert Vorlage

Zum 1. Juli 2025 wurden die Pfändungsfreigrenzen angepasst. Dementsprechend aktualisierte die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände zusammen mit der Deutschen Kreditwirtschaft ihre Vorlage für die P-Kontobescheinigung.

☞ Zu den neuen P-Kontobescheinigungen auf www.agsbv.de

Neuer Praxisleitfaden für die Arbeit mit Careleavern

iff veröffentlicht Unterstützungsmaterial für Fachkräfte und Begleitpersonen

Das institut für finanzdienstleistungen e.V. (iff) stellt einen neuen Praxisleitfaden für die Arbeit mit Careleavern zur Verfügung. Er richtet sich an Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Schuldenberatung sowie Pflegeeltern und weitere unterstützende Personen. Der Leitfaden behandelt unter anderem finanzielle Herausforderungen, Übergangsregelungen, Sozialleistungen, rechtliche Grundlagen und Ansätze präventiver Schuldenberatung. Entwickelt wurde das Material in enger Zusammenarbeit mit Fachkräften, Expert_innen und Careleavern. Der Leitfaden steht online zum Download bereit.

☞ Praxisleitfaden „Careleaver und Finanzen“ (zweite Auflage vom Juni 2025) unter www.iff-hamburg.de

M1502

Austausch zu CAWIN fördern

Neues Diskussionsforum für Schuldenberatung

Die LAG Hamburg hat ein neues Diskussionsforum für die Schuldenberatungssoftware CAWIN eingerichtet. Es richtet sich an alle CAWIN-Nutzer_innen, die Fragen zur Anwendung haben, Hinweise geben oder sich über praktische Lösungen im Arbeitsalltag austauschen möchten. Ziel ist es, den Wissenstransfer unter Kolleg_innen zu stärken, das iff ist dabei nicht eingebunden. Das Forum steht allen offen, die mit CAWIN arbeiten – unabhängig vom Träger oder Bundesland. Eine Registrierung ist erforderlich.

☞ Forum CAWIN und Registrierung unter soziale-schuldnerberatung-hamburg.de

Forschung und Wissenschaft

Krankheit erstmals Überschuldungsursache Nr. 1

Uni Witten fordert Prävention

Erstmals war im Jahr 2024 „Krankheit, Sucht oder Unfall“ der häufigste Auslöser für private Überschuldung – mit einem Anteil von 18,1 Prozent. Damit liegt dieser Grund vor Arbeitslosigkeit (17,4 %). Prof. Dr. Eva Münster von der Universität Witten/Herdecke spricht von einem alarmierenden Signal. Sie betont, dass eine schwere Erkrankung Betroffene doppelt trifft, gesundheitlich und finanziell. Sie fordert einen Strategiewechsel: „Wir brauchen nicht mehr Reaktion, sondern zielgenauere Forschung und darauf aufbauende evidente Präventionsmaßnahmen. Wer eine schwerwiegende Diagnose erhält, muss frühzeitig auch über finanzielle Risiken aufgeklärt und unterstützt werden.“

☞ PM der Universität Witten/Herdecke vom 8. Juli 2025 unter www.uni-wh.de

Machen Sie mit

Finanzbildung für junge Muslimas

Forschungsteam sucht Praxiswissen

Das Projekt FiBiCare untersucht die finanzielle Bildung junger Erwachsener in prekären Lebenslagen. Ein Fokus liegt auf jungen muslimischen Frauen, deren Zugang zu Beratung häufig durch strukturelle oder kulturelle Barrieren erschwert ist. Das institut für finanzdienstleistungen (iff) und die Universität Hildesheim suchen daher Fachkräfte, die in Praxis, Forschung oder Lehre zu diesem Themenfeld arbeiten. Besonders gefragt sind Erfahrungen zu Islamic Finance, religionssensibler Beratung und Überschuldungsprävention. Ziel des Projekts ist es, partizipative Konzepte für bedarfsgerechte Bildungs- und Unterstützungsangebote zu entwickeln. Hinweise auf Projekte, Kontakte oder Materialien sind ausdrücklich erwünscht. Gibt es in Ihrer Praxis, Forschung oder Lehre bereits Erfahrungen, Projekte oder Fragestellungen zu diesen Themen? Dann freut sich das Forschungsteam sehr über eine kurze Rückmeldung – gern auch mit dem Hinweis auf weitere Kontakte oder Materialien. Das Projekt ist Teil der Initiative „Finanzielle Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums der Finanzen (BMF). Rückmeldungen senden Sie per E-Mail bitte an Dr. Sally Peters: ✉ sally.peters@iff-hamburg.de

☞ Projektbeschreibung Fibicare unter www.iff-hamburg.de

Finanzielle Bildung in vulnerablen Lebenslagen

Projekt untersucht finanzielle Kompetenzen bei Überschuldung

Das Projekt FIBI-LA (Finanzielle Bildung in vulnerablen Lebenslagen) stellt die Frage, wie an alltagsrelevanten außerschulischen Orten Erwachsene in vulnerablen Lebenslagen von Behinderung und Überschuldung in ihrer finanziellen Grundbildung gefördert werden können, sowohl über die eigene finanzielle Kompetenzentwicklung als auch über die Befähigung von Fachkräften für die pädagogische Vermittlung der entsprechenden Kompetenzen. Mit qualitativen und quantitativen Methoden sollen Fachkräfte und betroffene Personen einbezogen werden. Geplant sind Interviews, Gruppendiskussionen sowie die Entwicklung niedrigschwelliger Lernmaterialien. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung ist mit ihrer Geschäftsführerin Ines Moers im Projektbeirat vertreten.

☞ Projektbeschreibung der Universität Duisburg-Essen unter www.uni-due.de

Der **Caritasverband für die Landkreise Verden und Heidekreis** sucht einen Schuldner- und Insolvenzberater (m/w/d).

☞ Direkt zur Stellenanzeige im BAG-SB Online-Stellenmarkt

KI-Tools zur finanziellen Bildung

iff startet Forschungsprojekt MINTIFY

Unter dem Titel MINTIFY untersuchen Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Universität Siegen und iff Hamburg gemeinsam, wie KI-basierte Tools die finanzielle Bildung stärken können. Das BMBF-finanzierte Projekt läuft über drei Jahre und soll effektive, zielgruppengerechte Lernformate entwickeln und evaluieren. Dr. Duygu Damar-Blanken vom iff koordiniert das Vorhaben, das untersucht, welche Medien Verbraucher_innen nutzen und welchen Mehrwert KI im Lernprozess bieten kann. Patrick Stahl und Volker Haug von der BAG-SB Geschäftsstelle unterstützen das Projekt aus der Perspektive der Schuldenberatung.

☞ Projektbeschreibung MINTIFY unter www.iff-hamburg.de

Interessantes und Wissenswertes

Änderung im Rundfunkbeitragsservice

Keine regelmäßigen Zahlungsaufforderungen mehr

Mit dem Jahreswechsel 2026 stellt der Beitragsservice die bisher übliche Versendung schriftlicher Zahlungsaufforderungen ein. Vor allem Menschen, die ihre Beiträge manuell überweisen, müssen in Zukunft auf die rechtzeitige Überweisung achten. Der Beitragsservice empfiehlt, auf das Lastschriftverfahren umzusteigen. Wer bisher noch kein Lastschriftverfahren beauftragt hat, bekommt eine „Einmalzahlungsaufforderung“ auf der die jährlichen Zahlungstermine vermerkt sind. In den Folgejahren will der Beitragsservice dieses Dokument nicht erneut versenden und verweist darauf, dass die Fristen jedes Jahr gleich sind.

☞ Mitteilung des Beitragsservice vom 2. Juni 2025 unter www.rundfunkbeitrag.de

Deutsche haben die meisten Sorgen um ihre finanzielle Zukunft

Acht von zehn Menschen in Deutschland blicken mit Sorge auf ihre finanzielle Zukunft

Laut einer CRIF-Studie unter 6.000 Verbraucherinnen und Verbrauchern in fünf europäischen Ländern zeigen acht von zehn Deutschen Sorge wegen ihrer finanziellen Zukunft – der höchste Wert im Vergleich zu Frankreich, Italien, Großbritannien und Polen. Hauptgrund sind steigende Lebenshaltungskosten wie Miete, Energie und Versicherungen. Ein Drittel der Befragten erwartet eine weitere Verschlechterung ihrer finanziellen Situation. Zudem befürchten 24 Prozent nicht mehr alle Rechnungen pünktlich begleichen zu können.

☞ Beitrag der Zeitschrift Spiegel vom 9. Juli 2025 unter www.spiegel.de

Machen Sie mit

Datenschutz

Aber bitte mit Praxisbezug

In der Schuldenberatung gehören sensible Daten zum Arbeitsalltag: Einkommensnachweise, Kontodaten, Informationen über Krankheiten oder familiäre Belastungen – all das muss nicht nur fachlich, sondern auch datenschutzrechtlich sicher und korrekt behandelt werden. Gleichzeitig läuft ein Großteil der Kommunikation heute digital – per E-Mail, Messenger oder Online-Plattform. Wie gehen wir im Beratungsalltag verantwortungsvoll und DSGVO-konform mit diesen sensiblen Informationen um? Genau hier setzt unsere geplante Fortbildung zum Thema „Datenschutz in der Beratungspraxis“ an. Ziel ist es, Fachkräfte sicher zu machen im rechtlichen Umgang mit sensiblen Daten – und typische Fehler zu vermeiden.

Und jetzt kommen Sie ins Spiel: Für diese Fortbildung suchen wir eine referierende Person, die nicht nur die DSGVO kennt, sondern auch die Realität der Schuldenberatung – also jemanden, mit Verständnis vom Alltag, den Herausforderungen und den besonderen Anforderungen in der Beratungspraxis. Wen können Sie als Referent_in empfehlen? Vielleicht Ihren eigenen Datenschutzbeauftragten oder Ihre Datenschutzbeauftragte, mit dem oder der Sie gute Erfahrungen gemacht haben? Dann freuen wir uns sehr über Ihre Empfehlung! Melden Sie sich gerne bei unserer Referentin Eda Erol ☞ per E-Mail an veranstaltungen@bag-sb.de

Verlagsangaben

Möchten Sie den **Newsletter abbestellen**? Klicken Sie bitte ☞ hier. Deutlich sichtbar mit einer gelben Box oder mit dem Wort Anzeige versehen sind (teils kostenpflichtige) Werbebeiträge. Konditionen und Preise sind unseren ☞ Mediadaten zu entnehmen. Das Symbol ☞ und andere Verlinkungen verweisen auf Webseiten oder Dokumente im Internet. Für die dortigen Inhalte sind die jeweiligen Betreiber der Webseiten verantwortlich. Hinter dem Symbol ✉ sind Mailadressen hinterlegt. Das Symbol ✂ zeigt Inhalte an, die aus unserem Netzwerk stammen und nicht verlinkt werden können.

BAG SB
Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e. V. (BAG-SB)
Markgrafendamm 24 (Haus SFm), 10245 Berlin
Telefon 030 346 55 666 0 · ✉ info@bag-sb.de · ☞ www.bag-sb.de

Gefördert durch: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages